Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIV
1. Teil Verfassungsrechtliche Grundlagen	1
A. Die Geschichte der Versammlungsfreiheit	1
B. Supranationale Bezüge	6
I. Der Schutz der Versammlungsfreiheit in Art. 11 Abs. 1 EMRK	6
1. Der Schutzbereich	6
a) Der persönliche Schutzbereich	6
b) Der sachliche Schutzbereich	7
2. Eingriffe in die Versammlungsfreiheit	7
3. Die Rechtfertigung von Eingriffen	8
a) Die allgemeinen Möglichkeiten der Beschränkung nach Art. 11 Abs. 2 S. 1 EMRK	8
b) Besondere Möglichkeiten der Beschränkung des Art. 11 Abs. 2 S. 2 EMRK	9
c) Die Möglichkeit der Beschränkung der politischen Tätigkeit von Ausländern nach Art. 16 EMRK	9
II. Der Schutz der Versammlungsfreiheit in Art. 12 Abs. 1 EUGrCh	9
1. Der Schutzbereich	9
a) Der persönliche Schutzbereich	9
b) Der sachliche Schutzbereich	9
2. Eingriffe in die Versammlungsfreiheit	10
3. Die Rechtfertigung von Eingriffen	10
C. Die Gesetzgebungskompetenzen für die Regelung des Versammlungsrechts	11
I. Die konkurrierende Zuständigkeit des Bundes bis 2006	11
II. Die alleinige Zuständigkeit der Länder seit 2006	14
D. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, Art. 8 Abs. 1 GG	20
I. Der Schutzbereich des Art. 8 Abs. 1 GG	20
1. Der persönliche Schutzbereich	20
2. Der sachliche Schutzbereich	23
a) Der Gegenstand des Schutzes	23
b) Die Gewährleistungen der Versammlungsfreiheit	38
3. Eingriffe in den Schutzbereich	44
4. Die Rechtfertigung von Eingriffen	46
a) Die Schranken der Versammlungsfreiheit	46
b) Die Schranken-Schranken	50

Inhaltsverzeichnis

5.	Konkurrenzfragen	61
II.	Der landesverfassungsrechtliche Schutz der Versammlungsfreiheit.	65
1.	Die Versammlungsfreiheit als Landesgrundrecht	65
2.	Die Bedeutung der landesverfassungsrechtlichen Verbür- gungen.	66
2. Teil Verwaltungsrecht.		68
A.	Grundlagen.	68
I.	Überblick über die Versammlungsgesetze in Deutschland	68
II.	Aufbau und Regelungen der Versammlungsgesetze.	68
1.	Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ver- sammlungsgesetzen	68
2.	Das Versammlungsgesetz des Bundes (VersG)	69
3.	Das Versammlungsgesetz in Sachsen-Anhalt	70
4.	Das Bayerische Versammlungsgesetz.	70
5.	Das Niedersächsische Versammlungsgesetz	71
6.	Das Versammlungsfreiheitsgesetz Schleswig-Holstein	72
7.	Das Versammlungsfreiheitsgesetz Berlin	73
8.	Das Nordrhein-Westfälische Versammlungsgesetz.	74
9.	Das Hessische Versammlungsfreiheitsgesetz.	74
10.	Das Sächsische Versammlungsgesetz.	75
III.	Versammlungsgesetze und Verfassung	76
IV.	Versammlungsgesetze und andere Gesetze	78
1.	Verhältnis zwischen Versammlungsgesetzen und allgemei- nem Polizeirecht	78
a)	Die Versammlungsgesetze als Gefahrenabwehrge- setze	78
b)	Versammlungsgesetze, allgemeines Polizeirecht und „Minusmaßnahmen“.	79
c)	Konstellationen der Anwendung des allgemeinen Po- lizeirechts bei Versammlungen.	80
2.	Versammlungsgesetze und StPO	83
3.	Versammlungsgesetze und sonstige Regelungen	85
a)	Normen des besonderen Polizeirechts.	85
b)	Straßen- und Straßenverkehrsrecht	86
c)	Sonn- und Feiertagsgesetze	87
V.	Der Versammlungsbegriff und die Abgrenzung zu anderen Zu- sammenkünften	89
1.	Die Versammlung	89
2.	Die Abgrenzung zwischen Versammlung und Ansamm- lung im Einzelnen.	90
a)	Grundsatz	90
b)	Prüfung	90

c) Abgrenzungsfälle	91
VI. Kategorien und Typen der Versammlung	94
1. Erörterung und Kundgebung	94
2. Versammlung unter freiem Himmel und Versammlung im geschlossenen Raum	95
3. Öffentliche und nicht-öffentliche Versammlung	95
4. Ortsfeste Versammlungen und Aufzüge	97
VII. Behördliche Zuständigkeiten	98
1. Versammlungsbehörden und Polizei	98
2. Versammlungsbehörden in den einzelnen Bundesländern	98
VIII. Problemfelder	100
1. Versammlungsbeginn	100
2. Adressaten behördlicher Maßnahmen	101
3. Kosten	102
B. Anmeldung und Kooperation	103
I. Die Anmeldung/Anzeige der Versammlung	103
1. Anzeigepflicht und Versammlungsfreiheit	103
2. Die Anmeldung/Anzeige und ihre Wirkung	109
a) Der Anzeigepflichtige	109
b) Frist und Form der Anzeige	110
c) Wirkung der Versammlungsanzeige	113
3. Pflichtangaben bei der Anzeige	116
4. Verlangen ergänzender Angaben	119
5. Behördliche Pflichten	122
a) Kommunikation mit dem Veranstalter/Leiter der Ver- sammlung	122
b) Versammlungsbehörde und andere Behörden sowie Dritte	125
6. Besonderheiten bei Eilversammlungen	129
7. Folgen unterbliebener, unrichtiger oder verspäteter An- zeige	130
a) Nicht angemeldete Versammlungen	130
b) Anmeldung mit unrichtigen oder unvollständigen Angaben	131
c) Verspätete Anmeldung	132
8. Die Spontanversammlung als Versammlung ohne Anzei- gepflicht	133
9. Der Umgang mit Scheinanmeldungen	135
II. Die Kooperation	136
1. Grundidee	136
2. Beteiligte der Kooperation	138
3. Die Kooperationspflicht der Behörden	139
a) Inhalt und Ausprägungen der Kooperationspflicht	139
b) Der Ablauf der Kooperation	141

Inhaltsverzeichnis

c)	Folgen unzureichender behördlicher Kooperation . . .	144
4.	Die Kooperationsobliegenheit der an der Versammlung Beteiligten	145
a)	Inhalt und Ausprägungen der Kooperationsobliegenheit	145
b)	Mögliche Auswirkungen eines mehr oder weniger kooperativen Verhaltens	146
C.	Verbotenes Verhalten	147
I.	Grundlagen	147
1.	Die Konfliktlage als versammlungstypisches Problem.	147
2.	Der – abgesehen von den versammlungsgesetzlichen Verboten – bestehende rechtliche Rahmen für die Vermeidung und Bewältigung von schweren Konflikten.	148
3.	Der Grund-Ansatz der versammlungsgesetzlichen Verbote	148
4.	Systematik der Verbote.	149
5.	Rechnatur und Wirkung der Verbotsnormen	150
II.	Das Störungsverbot als primär dem Schutz der Versammlung dienendes Verbot	151
1.	Das Verbot von Verhinderungsstörungen	151
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots.	151
b)	Adressaten des Verbots	152
c)	Inhalt des Verbots	153
d)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot	158
2.	Sonstige Störungen und Behinderungen.	160
III.	Verbote zum Schutz Außenstehender und der Versammlung	161
1.	Das Waffenverbot	161
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots.	161
b)	Geltungsbereich und Adressaten des Verbots	161
c)	Inhalt des Verbots	162
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten.	165
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	166
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot	166
2.	Das Gewalttätigkeits-Verbot.	168
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots.	168
b)	Geltungsbereich und Adressaten des Verbots	168
c)	Inhalt des Verbots	169
d)	Veranstalter- und Leiterpflichten	169
e)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot	169
3.	Das Militanz-/Uniformverbot	169
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots.	169
b)	Geltungsbereich und Adressaten des Verbots	170
c)	Inhalt des Verbots	171
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten.	175
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	175

f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot	175
4.	Das Vermummungsverbot	176
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots.	176
b)	Adressaten und Geltungsbereich des Verbots	177
c)	Inhalt des Verbots	180
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten.	185
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	186
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot	187
5.	Das Verbot von Schutzausrüstung	189
a)	Grundlagen und Ziel des Verbots.	189
b)	Adressaten und Geltungsbereich des Verbots	189
c)	Inhalt des Verbots	190
d)	Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten.	191
e)	Veranstalter- und Leiterpflichten	192
f)	Konsequenzen bei Verstößen gegen das Verbot	192
D.	Beobachtung von Versammlungen	192
I.	Verfassungsrechtliche Überlegungen	192
1.	Die Problematik	192
2.	Der Grundrechtsschutz	192
a)	Selbstdarstellung und Recht auf informationelle Selbstbestimmung	192
b)	Die Versammlungsfreiheit	194
c)	Intensität des Eingriffs	197
II.	Die Anwesenheit der Polizei und Versammlungsbehörde bei Versammlungen	198
1.	Geltungsbereich des Bundes-Versammlungsgesetzes	198
a)	Polizeiliche Anwesenheit auf versammlungsgesetzli- cher Grundlage	198
b)	Polizeiliche Anwesenheit nach der StPO	202
2.	Niedersachsen, Hessen, Berlin und Schleswig-Holstein. . .	202
3.	Nordrhein-Westfalen und Sachsen	205
4.	Bayern	207
5.	Sachsen-Anhalt	208
III.	Bild- und Tonaufnahmen.	209
1.	Überblick.	209
2.	Geltungsbereich des Versammlungsgesetzes des Bundes sowie Sachsen-Anhalt.	209
a)	Grundlagen.	209
b)	Übersichtsaufnahmen	209
c)	Übersichtsaufzeichnungen.	213
d)	Individualaufzeichnungen und -aufnahmen.	213
3.	Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen, Hessen, Sachsen, Berlin und Schleswig-Holstein	214
a)	Grundlagen.	214

Inhaltsverzeichnis

b)	Versammlungen unter freiem Himmel	214
c)	Versammlungen in geschlossenen Räumen	218
IV.	Die Überwachung von Versammlungs-vorbereitender Kommunikation.	219
E.	Behördliches Einschreiten bei Versammlungen	220
I.	Maßnahmen gegen Versammlungen unter freiem Himmel bzw. deren Repräsentanten.	220
1.	Überblick über mögliche Maßnahmen.	220
2.	Eingriffsbefugnisse bei nicht-öffentlichen Versammlungen	222
3.	Die unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit (oder Ordnung) als Regel-Voraussetzung.	223
a)	Gesetzliche Vorgaben	223
b)	Begriff und Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit .	223
c)	Die Individualrechtsgüter	224
d)	Die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung	226
e)	Die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs.	227
f)	Bestand und Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Einrichtungen und Veranstaltungen	227
g)	Die öffentliche Ordnung.	234
h)	Die Unmittelbarkeit der Gefahr	240
i)	Die auf die unmittelbare Gefahr bezogene Gefahrenprognose.	244
4.	Sonderregelungen gegen nationalsozialistische oder kommunistische Versammlungen.	247
a)	Überblick	247
b)	Normzweck und Regelungssystematik	248
c)	Die einzelnen Voraussetzungen bei Anknüpfung an bestimmte Orte oder Tage.	249
d)	Zusätzliche Einschränkungsmöglichkeiten und Besonderheiten in einzelnen Bundesländern	254
e)	Rechtfolgen.	260
5.	Polizeilicher Notstand und andere denkbare Gründe für Maßnahmen gegen eine nicht-unmittelbar gefahrverursachende Versammlung.	260
a)	Grundsatz: Störer als Maßnahmenadressat.	260
b)	Der (echte) polizeiliche Notstand.	261
c)	Der „unechte polizeiliche Notstand“.	265
d)	Die Versammlung als Zweckveranlasser.	267
6.	Das Versammlungsverbot	269
a)	Das Versammlungsverbot im System des behördlichen Einschreitens gegen Versammlungen.	269
b)	Erste Grundvoraussetzung: Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung	271
c)	Zweite Grundvoraussetzung: Unmittelbarkeit der Gefahr	271

Inhaltsverzeichnis

d)	Die Verhältnismäßigkeit	272
e)	Verbotsgründe in der Praxis.	276
f)	Die Verbotsverfügung	288
g)	Rechtsfolgen	293
7.	Die Auflösung einer Versammlung	294
a)	Begriff und Rechtsnatur der Versammlungsauf- lösung.	294
b)	Zuständigkeit	295
c)	Adressat, Verfahren, Form und Inhalt der Auflö- sungsverfügung	296
d)	Auflösung nach Ermessen wegen Gefährdung der öf- fentlichen Sicherheit oder Ordnung	297
e)	Auflösung einer verbotenen Versammlung	299
f)	Auflösungsgründe in der Praxis	300
g)	Rechtsfolgen der Auflösung.	301
h)	Teilauflösung und Minusmaßnahmen.	303
i)	Auflösung nach allgemeinem Polizeirecht	304
8.	Beschränkende Verfügungen („Auflagen“).	305
a)	Systematische Einordnung und Voraussetzungen . . .	305
b)	„Auflagen“ in der Praxis	306
c)	Die beschränkende Verfügung	329
d)	Rechtsfolgen der beschränkenden Verfügung.	332
9.	Die Ablehnung des Leiters oder einzelner Ordner.	334
a)	Die Entscheidung über Leiter und Ordner	334
b)	Die Ablehnung des Leiters	335
c)	Die Nichtbestätigung bzw. Ablehnung einzelner Ordner	338
10.	„Minusmaßnahmen“	341
a)	Die Grundidee der Minusmaßnahme	341
b)	Der Referenzfall: Die beschränkende Verfügung („Auflage“) nach Versammlungsbeginn	341
c)	Sonstige Minusmaßnahmen-Konstellationen	342
11.	Realakte, einschließende Begleitung und „Kesselbildung“. .	343
12.	Bannkreisgesetze	348
a)	Zielrichtung und Inhalt der Gesetze über befriedete Bezirke	348
b)	Ausnahmen vom Verbot	350
c)	Rechtsfolgen von Verstößen gegen die Bannmeilenre- gelung	352
d)	Der befriedete Bezirk um das Abgeordnetenhaus in Berlin	352
II.	Maßnahmen gegen einzelne Teilnehmer bei Versammlungen unter freiem Himmel	353
1.	Maßnahmen vor Beginn der Versammlung	353

Inhaltsverzeichnis

a)	Gefährderanschriften/-ansprache	353
b)	Teilnahmeuntersagung und Aufenthaltverbot	355
c)	Meldeauflage	359
d)	Vorkontrollen	360
e)	Sicherstellung von Gegenständen	362
2.	Behördliches Einschreiten während der Versammlung	363
a)	Ausschluss aus der Versammlung und Folgemaßnahmen	363
b)	Identitätsfeststellung und Durchsuchung	365
c)	Sicherstellung von Gegenständen	365
d)	Minus- und sonstige Maßnahmen	366
III.	Maßnahmen bei Versammlungen in geschlossenen Räumen	366
1.	Regelung, praktische Bedeutung und verfassungsrechtliche Vorgaben	366
2.	Versammlungsverbot	367
a)	Voraussetzungen eines Verbots im Geltungsbereich des VersG des Bundes sowie des BayVersG und VersammlG LSA	367
b)	Voraussetzungen eines Versammlungsverbots in Niedersachsen	370
c)	Voraussetzungen eines Versammlungsverbots in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen, Berlin und Schleswig-Holstein	371
d)	Verfahren und Rechtsfolgen beim Versammlungsverbot	372
3.	Auflösung der Versammlung	372
4.	Beschränkende Verfügungen („Auflagen“)	373
5.	Maßnahmen gegen einzelne Teilnehmer	374
6.	Vorgehen nach anderen als den versammlungsgesetzlichen Normen	375
IV.	Umgang mit Gegendemonstranten und Störern	376
3.	Teil Verwaltungs- und verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	381
A.	Widerspruchsverfahren	382
B.	Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten	383
I.	Einstweiliger Rechtsschutz	383
1.	Aussetzung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 VwGO	383
a)	Zulässigkeit	383
b)	Begründetheit	387
2.	Einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	390
a)	Statthaftigkeit	390
b)	Vorbeugender Rechtsschutz	391
c)	Glaubhaftmachung	392
d)	Vorwegnahme der Hauptsache	392

3.	Rechtsmittel und Streitwert	392
II.	Rechtsschutz im Klageverfahren	393
1.	Fortsetzungsfeststellungsklage	393
a)	Zulässigkeit	393
b)	Begründetheit	396
2.	Feststellungsklage	397
3.	Vorbeugende Unterlassungsklage	398
4.	Rechtsmittel	398
a)	Antrag auf Zulassung der Berufung und Berufung	398
b)	Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision und Revision	399
c)	Vertretungszwang	400
C.	Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz vor dem Bundesverfassungsgericht	400
I.	Verfassungsbeschwerde	400
1.	Annahmeverfahren	400
2.	Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	401
a)	Beschwerdefähigkeit	401
b)	Beschwerdegegenstand	402
c)	Beschwerdebefugnis	404
d)	Anforderungen an die Begründung der Verfassungsbeschwerde	405
e)	Rechtswegerschöpfung und Grundsatz der Subsidiarität	406
f)	Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	408
g)	Frist und Form	409
3.	Begründetheit der Verfassungsbeschwerde	409
4.	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und ihre Wirkungen	412
II.	Der einstweilige Rechtsschutz	413
1.	Zulässigkeit des Antrags	414
2.	Begründetheit des Antrags	416
3.	Entscheidungsaussprüche und -wirkungen	421
D.	Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz vor den Landesverfassungsgerichten	423
4. Teil Zivilrecht		426
A.	Rechtsbeziehungen zwischen den Versammlungsbeteiligten	426
I.	Einführung	426
1.	Die zivilrechtliche Seite des Versammlungsrechts im Kontext von Assoziationsrecht und Vereinsrecht	426
2.	Der Rechtscharakter der Versammlung	426
3.	Die Beteiligten im Überblick	427

Inhaltsverzeichnis

4.	Entsprechende Anwendung zivilrechtlicher versamm- lungsgesetzlicher Vorschriften auf Zusammenkünfte au- ßerhalb des Schutzbereichs von Art. 8 GG	427
II.	Das Zustandekommen einer Versammlung	428
1.	Die Initiative des Veranstalters.	428
2.	Die Einsetzung des Versammlungsleiters durch den Veran- stalter.	430
a)	Leiterpflicht und Versammlungsleiter	430
b)	Die Entscheidung über die Person des Versamm- lungsleiters	431
3.	Das Zusammenkommen der Teilnehmer	433
4.	Die Eröffnung der Versammlung durch den Leiter	434
III.	Die Rechte und Pflichten der Versammlungsbeteiligten wäh- rend der laufenden Versammlung.	434
1.	Die Rechte und Pflichten des Veranstalters.	434
2.	Die Rechte und Pflichten des Leiters und der Ordner	435
a)	Der Versammlungsleiter	435
b)	Die Ordner	440
3.	Die Rechte und Pflichten der Teilnehmer.	443
B.	Rechtsbeziehungen zu Außenstehenden	445
I.	Vermieter und Eigentümer der Versammlungs-Örtlichkeit	445
1.	Nutzung von Versammlungsräumen bzw. -flächen mit (ur- sprünglichem) Einverständnis des Berechtigten	445
a)	Varianten der Überlassung von Räumen bzw. Flä- chen an eine Versammlung	445
b)	Insbesondere: Mietvertrag	446
2.	Nutzung von Versammlungsräumen bzw. -flächen gegen den Willen des Berechtigten	457
a)	Die Regel-Konstellation des privaten Hausrechts	457
b)	Im Eigentum der öffentlichen Hand stehende öffent- liche Kommunikationsflächen als Ausnahmefall.	459
c)	Im Eigentum Privater stehende öffentliche Kommu- nikationsflächen als weiterer Ausnahmefall?.	461
d)	Öffentlich-rechtliches Hausrecht.	462
II.	Von der Versammlung betroffene Personen	463
1.	Problemstellung	463
2.	Unterlassungsansprüche	464
a)	Anspruchsgrundlagen	464
b)	Duldungspflicht und Rechtswidrigkeit	465
c)	Anspruchsverpflichtete	467
3.	Schadensersatzansprüche	467
III.	Unerwünschte Personen und Störer	469
1.	Das Fernhalten unerwünschter Personen	469

a)	Nicht-öffentliche Versammlungen im geschlossenen Raum	469
b)	Öffentliche Versammlungen im geschlossenen Raum mit differenzierter Einladung	469
c)	Öffentliche Versammlungen: Allgemeine Regeln . . .	471
2.	Der Umgang mit Störern	473
a)	Versammlungen unter freiem Himmel	474
b)	Versammlungen im geschlossenen Raum	474
IV.	Der Problemkreis Filmen/Fotografieren/Berichterstattung	475
1.	Nicht zur Presse gehörende Personen.	475
2.	Presse.	479
a)	Das Anwesenheitsrecht der Presse.	479
b)	Die Erstellung und Verbreitung von Foto-/Filmaufnahmen	481
c)	Die Berichterstattung	482
5. Teil Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht		483
A.	Straftaten	484
I.	Straftaten nach dem Versammlungsgesetz (VersG).	485
1.	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen.	485
a)	Störung von Versammlungen und Aufzüge (§ 21 VersG)	485
b)	Widerstand gegen Versammlungsleitung und Ordner (§ 22 VersG).	487
2.	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen	489
a)	Aufforderung zur Teilnahme an verbotenen Versammlungen (§ 23 VersG)	489
b)	Abweichen von der Anmeldung/Nichtbefolgen von Auflagen (§ 25 VersG).	490
c)	Durchführung verbotener oder nicht angemeldeter Veranstaltungen (§ 26 VersG)	492
3.	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten	495
a)	Bewaffnungsverbot (§ 27 Abs. 1 VersG)	495
b)	Verwendung bewaffneter Ordner (§ 24 VersG)	496
c)	Schutzwaffenverbot (§ 27 Abs. 2 Nr. 1 VersG).	498
d)	Vermummungsverbot (§ 27 Abs. 2 Nr. 2 VersG)	499
e)	Zusammenrottungsverbot (§ 27 Abs. 2 Nr. 3 VersG) .	501
f)	Unerlaubtes Tragen von Uniformen und politischen Kennzeichen (§ 28 VersG)	502
II.	Straftaten nach den Versammlungsgesetzen der Länder	504
1.	Nordrhein-Westfalen (VersG NRW)	504
a)	Strafrechtliche Schutz für die Durchführung von Versammlungen.	504
b)	Strafrechtlichen Schutz behördlicher Anordnungen .	504

Inhaltsverzeichnis

c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten. . .	505
2.	Bayern (BayVersG)	505
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	505
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen .	505
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten. . .	506
3.	Niedersachsen (NVersG)	506
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	507
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen .	507
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten. . .	507
4.	Hessen (HVersFG)	508
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen.	508
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen. .	508
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten. . .	508
5.	Sachsen (SächsVersG)	509
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	509
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen .	509
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten. . .	509
6.	Berlin (VersFG BE)	509
7.	Schleswig-Holstein (VersFG SH)	510
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	510
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen .	510
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten. . .	510
8.	Sachsen-Anhalt (VersammlG LSA)	511
a)	Strafrechtlicher Schutz für die Durchführung von Versammlungen	511
b)	Strafrechtlicher Schutz behördlicher Anordnungen .	511
c)	Strafrechtlicher Schutz vor verbotenem Verhalten. . .	511
III.	Versammlungstypische Straftaten nach dem StGB.	511
1.	Äußerungsdelikte	511
a)	Straftaten gegen die Ehre	512
b)	Staatsgefährdende Äußerungsdelikte.	515
c)	Aufforderung, Anleitung, Androhung, Belohnung und Billigung von Straftaten	518
d)	Volksverhetzung.	521
e)	Straftaten, welche sich auf Religion und Weltan- schauung beziehen.	522
f)	Bedrohung	523
2.	Gewaltdelikte	523
a)	Nötigung	523

b)	Widerstand und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte	528
c)	Landfriedensbruch	532
d)	Hausfriedensbruch	537
e)	Gefangenenbefreiung	537
f)	Körperverletzungsdelikte	538
g)	Sachbeschädigungsdelikte	539
h)	Gemeingefährliche Straftaten	539
IV.	Weitere versammlungstypische Straftaten nach strafrechtlichen Nebengesetzen	539
1.	Straftaten nach dem Vereinsgesetz (VereinsG)	539
2.	Straftaten nach dem Kunsturhebergesetz (KunstUrhG)	540
3.	Straftaten nach dem Waffengesetz (WaffG) und Sprengstoffgesetz (SprengG)	542
4.	Straftaten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)	543
B.	Ordnungswidrigkeiten	543
I.	Ordnungswidrigkeiten nach dem VersG.	544
II.	Ordnungswidrigkeiten nach den Versammlungsgesetzen der Länder	546
1.	Nordrhein-Westfalen (VersG NRW)	546
2.	Bayern (BayVersG)	546
3.	Niedersachsen (NVersG)	549
4.	Hessen (HVersFG)	551
5.	Sachsen (SächsVersG)	551
6.	Berlin (VersFG BE)	552
7.	Schleswig-Holstein (VersFG SH)	553
8.	Sachsen-Anhalt (VersammlG LSA)	554
III.	Weitere versammlungstypische Ordnungswidrigkeiten	554
1.	Versammlungstypische Ordnungswidrigkeiten nach dem OWiG	554
2.	Unerlaubte Versammlungen in den befriedeten Bezirken des Bundes	556
3.	Straßenverkehrsrechtliche Ordnungswidrigkeiten	556
4.	Blockade von Bahngleisen	557
5.	Unbefugtes Plakatieren	557
6.	Schulpflichtverletzungen	558
7.	Ordnungswidrigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG)	558
C.	Versammlungstypische prozessuale Fragen	559
I.	Im Ermittlungsverfahren	559
1.	Einzelne polizeiliche Ermittlungshandlungen	560
a)	Polizeiliche Bild- und Tonaufnahmen	561
b)	Durchsuchung und Beschlagnahme	562
c)	Maßnahmen zur Identitätsfeststellung	563

Inhaltsverzeichnis

d)	Veröffentlichung von Abbildungen zur Fahndung . . .	565
e)	Festnahme und Haft von Tatverdächtigen	566
f)	Festnahme und Festhalten von Störern	566
2.	Gewährung des Zugangs zu einem Rechtsanwalt.	567
II.	Im gerichtlichen Verfahren.	568
1.	Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten	569
2.	Fragen zur Beweisaufnahme	570
a)	Polizeibeamte als Zeugen	570
b)	Bild- und Tonaufnahmen als Augenscheinobjekte. . .	572
3.	Störung der Verhandlung, Kundgebungen vor dem Ge- richt und im Gerichtssaal	573
4.	Gerichtliche Sanktionierung.	574
5.	Einziehung.	576
	Stichwortverzeichnis	577